

Priddat, Birger P.

Article — Published Version

Volkswirtschaft als Idealversagen des Marktes und der Theorien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Priddat, Birger P. (2006) : Volkswirtschaft als Idealversagen des Marktes und der Theorien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 86, Iss. 1, pp. 22-25, <https://doi.org/10.1007/s10273-006-468-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42724>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?

Die deutsche Volkswirtschaftslehre wird immer stärker durch die Anwendung mathematischer Methoden bestimmt. Ist damit eine Abkehr von der traditionellen Ordnungspolitik verbunden? Welche Folgen ergeben sich für die Politikberatung?

Bernd Lucke

Ablösung der Ordnungspolitik durch mathematische Methoden?

Lösen die mathematischen Methoden in der Volkswirtschaftslehre zu Recht die traditionelle Ordnungspolitik ab? Die so formulierte Frage arbeitet mit einer suggestiven Unterstellung, deren Berechtigung vorab zu klären wäre. Dem normativen Gesichtspunkt muss der positive vorangehen: Stimmt es denn, dass Ordnungspolitik durch „mathematische Methoden“ abgelöst wird?

Vorderhand mag es so aussehen, denn eine personelle Diskontinuität ist unübersehbar. Eine Generation von Ökonomen, die die ordnungspolitische Ausrichtung der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt hat, tritt ab und die nachrückende Generation rekrutiert sich ganz überwiegend nicht aus den Schülern der ehemals einflussreichen Wirtschaftswissenschaftler. Damit einher geht eine klare Akzentverschiebung in der Art der wissenschaftlichen Arbeit: Während etwa die Vertreter der ordoliberalen Freiburger Schule starke interdisziplinäre Bezüge zur Rechtswissenschaft und zur praktischen Philosophie aufbauten, setzt die Mehrzahl der heutigen Ökonomen auf interdisziplinäre Bezüge zur Mathematik und zur

angewandten Statistik. Da mag es bei oberflächlicher Betrachtung nahe liegen, von einem Ablösen einer Schule durch eine andere zu sprechen, ähnlich wie die Freiburger Schule einst die Historische Schule abgelöst hat.

Bei genauerer Betrachtung jedoch muss diese Einschätzung differenziert werden. Die Freiburger Schule ist gekennzeichnet durch inhaltliche Standpunkte: Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung sei die beste Gewähr für die Vereinbarkeit von Ethik und Effizienz, d.h. für ein menschenwürdiges Leben bei effizienter Nutzung knapper Ressourcen. Dies ist eine Weltanschauung und man mag sie wissenschaftlich begründen können. Mathematik und Statistik aber sind keine Weltanschauung, sondern Methoden. Wer sich mathematischer Methoden bedient, mag damit bestimmte inhaltliche Ziele verfolgen, aber die Art dieser Inhalte ist völlig offen. Wer weiß, dass heutige Ökonomen überwiegend mathematisch arbeiten, weiß *nichts* über deren Weltanschauung. Aus der Wahl der Methodik folgt apriorisch keinerlei Verhältnis zu den inhaltlichen Standpunkten

Euckens, Hayeks oder Müller-Armacks.

Daher wäre nur dann davon zu sprechen, dass die mathematische Ökonomie die Ordnungspolitik „abgelöst“ hätte, wenn zu konstatieren wäre, dass die dominierende weltanschauliche Auffassung mathematisch arbeitender Ökonomen entscheidend von ordnungspolitischen Grundsätzen abweicht. Dies ist meines Erachtens nicht im Mindesten erkennbar. Der unverkennbare Umbruch in der deutschen Volkswirtschaftslehre ist ein Umbruch in der Methodik. Er mag darauf zurückzuführen sein, dass das Leistungspotential der alten Methodik als zunehmend ausgeschöpft oder dass die neue, mathematisch orientierte Methodik als leistungsfähiger angesehen wurde.

Mathematik als Sprache

Ob ersteres der Fall war, entzieht sich meiner Beurteilung. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass die Anwendung mathematischer Methoden die Leistungsfähigkeit ökonomischer Analyse entscheidend erhöht hat. Um dies zu verstehen, muss man sich zunächst klar machen, dass Mathematik in

der Volkswirtschaftslehre als eine *Sprache* benutzt wird. Denn Mathematik ist ja nichts anderes als ein Zeichensystem und Zeichensysteme sind Mittel der Kommunikation. Praktisch alle Sachverhalte, die in der heutigen Ökonomie mathematisch ausgedrückt werden, kann man auch verbalsprachlich ausdrücken – nur erfordert es normalerweise viele Worte, um einen Sachverhalt verbal ähnlich präzise zu formulieren, wie er durch wenige Zeichen mathematisch ausgedrückt werden kann.

Um dies an einem trivialen Beispiel zu illustrieren: $y_t = f(x_t)$ drückt für den Ökonomen die Annahme aus, dass x_t kausal für y_t ist, z.B. könnte das Einkommen als kausal für die Konsumausgaben angesehen werden. Das kann man selbstverständlich auch verbal ausdrücken. Die Formel drückt aber überdies aus, dass *nur* x_t kausal für y_t ist, d.h. die Formel macht explizit, dass in ihr eine sehr spezielle Form von Monokausalität unterstellt wird. Sie macht damit deutlich, dass annahmegemäß weder eine andere Variable noch dieselbe Variable in einer anderen Periode, z.B. x_{t-1} , als kausal für y_t angenommen wird. Die Formel erreicht damit eine Präzision, die sich in verbalen ökonomischen Analysen in der Regel nicht findet (obwohl sie in diesem trivialen Fall ohne weiteres erreichbar wäre). Sie kommuniziert eindeutig die Prämissen der Analyse und stellt sich damit einer zielgenauen Kritik.

Der Wert der mathematischen Formulierung besteht aber nicht nur darin, dass die zugrundeliegenden Annahmen in präziser Form offengelegt werden, sondern auch darin, dass die wechselseitige Konsistenz unterschiedlicher Annahmen verifiziert werden kann. Ein Theoriegebäude muss widerspruchsfrei sein – und in

mathematischer Form ist es relativ einfach, die theorieimmanente Widerspruchsfreiheit zu überprüfen.

In einer verbalen Analyse werden deren Prämissen oft weder hinreichend präzise noch vollständig offengelegt, so dass die wissenschaftliche Kritik zunächst Hypothesen formulieren muss, von welchen Annahmen die

zu kritisierende Theorie ausgegangen ist.

Doch selbst wenn alle zugrundeliegenden Annahmen ausformuliert vorliegen, sind in einer rein verbalen Analyse innere Widersprüche nicht unbedingt leicht zu identifizieren. Nehmen wir (erneut als eher triviales Beispiel) den Fall einer makroökonomischen Betrachtung, die von der Prämisse ausgeht, dass mit Ausnahme des Arbeitsmarktes auf allen makroökonomischen Märkten flexible Preise den Ausgleich von Angebot und Nachfrage bewerkstelligen. Auf dem Arbeitsmarkt aber liege ein Ungleichgewicht vor, weil das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage überschreite. Bereits diese dem Laien vielleicht plausible Prämissensetzung ist in sich widersprüchlich, wie aus dem so genannten Walras-Gesetz folgt: Ein Ungleichgewicht auf einem Markt erfordert zwingend ein Ungleichgewicht auf mindestens einem anderen Markt. Dies lässt sich formal einfach zeigen, wenn man nur die Trivialität berücksichtigt, dass die Summe aller Einnahmen stets gleich der Summe aller Ausgaben sein muss, denn dann führen die nicht erzielten Einnahmen aus überschüssig angebotener Arbeit zwingend dazu, dass auf einem anderen Markt geringere als die intendierten Ausgaben erfolgen.

Nun wird gelegentlich argumentiert, es gäbe Sachverhalte, die sich einer mathematischen Formulierung entzögen. Ob dem wirklich so ist, mag dahingestellt bleiben, aber zweifellos gibt es Sachverhalte, die auch mathematisch arbeitende Ökonomen lieber verbal als formal ausdrücken. Nach wie vor bestehen die meisten Fachartikel eher zum kleineren Teil aus Formeln und verbalen Erläuterungen und Interpretationen wird viel Platz gewidmet. Die

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Bernd Lucke, 43, ist Direktor des Instituts für Wachstum und Konjunktur an der Universität Hamburg.

Prof. Dr. Clemens Fuest, 37, ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Universität zu Köln und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen sowie Mitglied des Kronberger Kreises der Stiftung Marktwirtschaft.

Dr. Nils Goldschmidt, 35, ist Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg.

Prof. Dr. Gert G. Wagner, 53, ist Lehrstuhlinhaber für „Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik“ an der TU Berlin und Forschungsdirektor am DIW Berlin. Er ist Mitglied im Wissenschaftsrat und Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Er war Mitglied in der „Rürup-Kommission“ und im Zuwanderungsrat.

Prof. Dr. Birger P. Priddat, 55, ist Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomie an der Zeppelin University in Friedrichshafen.

mathematische Methodik hat nicht etwa die verbale Kommunikation verdrängt, sondern sie ergänzt sie. Die kommunikativen Möglichkeiten sind durch die zusätzliche Sprache „Mathematik“ nicht im Mindesten geschmälert, sondern eindeutig erweitert worden – und die Fachwissenschaft bedient sich der zur Verfügung stehenden kommunikativen Instrumente so, wie es ihrem Zweck am besten dienlich ist.

Mathematik und Ordnungspolitik

Die große Akzeptanz der mathematischen Sprache ist zweifellos durch ihre Präzision begründet. Kehren wir zur Ordnungspolitik zurück, um dies nunmehr an inhaltlichen Gesichtspunkten festzumachen. In ihrer freiheitlichen Orientierung knüpft die Ordnungspolitik an die ältesten Wurzeln der Volkswirtschaftslehre als wissenschaftlicher Disziplin an, namentlich natürlich an Adam Smiths „unsichtbarer Hand“. Geleitet von der Vorstellung, dass bei geeigneten Rahmenbedingungen das Marktgeschehen eine effiziente Nutzung knapper Ressourcen ermöglicht, gehört es zu den ordnungspolitischen Kernaufgaben, das angemessene Verhältnis von freiem Markt und den diese Freiheit gleichermaßen konstituierenden und limitierenden Rahmenbedingungen zu finden. Wie gut fundiert aber ist die Vorstellung von der Effizienz des Marktgeschehens? Die ältere wirtschaftswissenschaftliche Literatur ist voll von Plausibilisierungen dieser These, die entweder theoretischer oder erfahrungswissenschaftlicher Art sind. Aber es handelt sich eben wirklich nur um Plausibilisierungen – und es hat zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler gegeben, die das, was dem einen plausibel erschien, nicht überzeugend fanden oder sogar behaupteten – denken wir an Marx

und Engels –, ganz konträre Sachverhalte „beweisen“ zu können. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein ist die zentrale Prämisse liberaler Wirtschaftstheoretiker letztlich über den Status einer argumentativ gestützten Weltanschauung nicht hinausgekommen.

Mit den Arbeiten von Arrow und Debreu Anfang der 50er Jahre änderte sich dies dramatisch – und es scheint nicht abwegig zu sein, in diesen Arbeiten den entscheidenden Durchbruch für die Akzeptanz der mathematischen Methodik in der Ökonomie zu vermuten. In einem mathematischen Modell einer Ökonomie bewiesen Arrow und Debreu (unabhängig voneinander) den „Ersten Hauptsatz der Wohlfahrtstheorie“, der besagt, dass (unter noch zu diskutierenden Voraussetzungen) in einer freiheitlichen, d.h. dezentral organisierten und die Eigentumsrechte respektierenden Marktwirtschaft jedes Marktgleichgewicht Pareto-effizient ist. (Pareto-Effizienz liegt vor, wenn es nicht mehr möglich ist, den Nutzen eines Individuums zu verbessern, ohne gleichzeitig den Nutzen eines anderen Individuums zu mindern). Es wurde also mathematisch genau das Credo der ordoliberalen Wirtschaftstheorie bewiesen: Für geeignete Rahmenbedingungen führt das freie Marktgeschehen zu einer effizienten Allokation der Ressourcen.

Soweit mag dies keine Überraschung gewesen sein, für viele traditionelle Liberale vielleicht sogar nur eine überflüssige mathematische Spielerei. Brisant wurde die Angelegenheit aber durch Arrows und Debreus Beweis des „Zweiten Hauptsatzes der Wohlfahrtstheorie“: Unter noch zu diskutierenden Voraussetzungen kann in einer illiberalen, zentral geplanten Volkswirtschaft, die die Eigentumsrechte nicht respektiert, ein Preissystem

administriert werden, so dass das an diesem Preissystem orientierte nutzenmaximierende Verhalten der Individuen ebenfalls zu einer Pareto-effizienten Allokation führt!

Damit stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Die liberale Position, der freie Markt gewährleiste Effizienz, kann nicht nur plausibilisiert, sondern sogar formal bewiesen werden. Die mit dem Plädoyer für eine liberale Wirtschaftsverfassung einhergehende Insinuation, Systeme zentraler Planung führten zu allokativ inferioren Ergebnissen findet prima facie aber keine Unterstützung. Im Gegenteil: Die beiden Hauptsätze können sogar so interpretiert werden, als sei ein System staatlicher Planung der marktwirtschaftlichen Ordnung überlegen. Denn während gemäß des ersten Hauptsatzes lediglich *eine* der vielen Pareto-optimalen Allokationen zugleich Marktgleichgewicht ist, kann gemäß des zweiten Hauptsatzes *jede* Pareto-optimale Allokation durch ein geeignetes Preissystem und eine Umverteilung des privaten Eigentums realisiert werden. Dieser Unterschied, der allein darauf zurückzuführen ist, dass ein zentraler Planer Eigentumsverteilungen vornehmen darf, die mit dem Schutz des Privateigentums in einer liberalen Wirtschaftsverfassung konfliktieren würden, ist von großer, auch praktischer Bedeutung. Denn Pareto-Effizienz ist ein schwaches Effizienz-Kriterium, das auch gesellschaftlich unerwünschte Situationen extremer Einkommensungleichheit (denken wir an die Einkommensverteilung in manchen rohstoffreichen Entwicklungsländern) als „effizient“ ausweisen kann. Im Extrem: Eine Einkommensverteilung, bei der alles Einkommen einer Person zufließt, während alle anderen Personen kein Einkommen haben, ist Pareto-effizient.

Ein Marktgleichgewicht ist also Pareto-effizient, nicht aber notwendigerweise gesellschaftlich erwünscht. Anders als der Zentralverwaltungswirtschaft fehlt dem wahrhaft freiheitlichen Staat ein Instrument, um die gesellschaftlich erwünschte Pareto-optimale Allokation anzustreben. Daher gibt es keinen im strengen Sinne liberalen Staat – die Umverteilung des Eigentums durch Steuern und damit erhebliche, kontinuierliche Eingriffe in das Marktgeschehen sind allseits akzeptierte Verstöße gegen das freiheitliche Prinzip. Auch Ordoliberaler bestreiten die Notwendigkeit von Einkommensumverteilungen nicht – obwohl man darüber streiten könnte, ob erfolgsabhängige Steuern wirklich nur „Rahmenbedingungen“ sind.

Bedeutung unvollständiger Informationen

Durch mathematische Methodik in der Ökonomie ist die weltanschauliche Basis der Ordnungspolitik präzisiert und relativiert worden. Jedoch sind die Arrow-Debreu-Theoreme alles andere als abschließende Bemerkungen zu einer langen Diskussion gewesen. Die präzise Struktur der Theoreme (Voraussetzungen und deren Implikationen) warf vielmehr eine Vielzahl neuer Fragen auf. Zentrale Bedeutung kommt z.B. der Rolle von Information zu, denn beide Hauptsätze unterstellen, dass *alle* ökonomischen Entscheidungsträger *alle* für sie relevante Information zur Verfügung haben – eine in der Realität sicherlich verletzte Prämisse. Dies eröffnet zuvorderst den Angriffspunkt auf die Systeme zentraler Planung, weil der zentrale Planer naturgemäß ein unermesslich größeres Informationsbedürfnis hat, als jeder einzelne dezentral wirkende Agent. Insbesondere kommunizieren die gleichgewichtigen Preise in einer Marktwirtschaft

die Information über die Knappheit der verfügbaren Güter, während ein zentraler Planer diese Information sich erst beschaffen muss, bevor er imstande ist, das richtige Preissystem zu administrieren.

Es spricht daher doch einiges dafür, dass bei unvollständiger Information marktwirtschaftliche Systeme den planwirtschaftlichen überlegen sind. Aber vorschnelle Urteile sind unangebracht, denn andere Voraussetzungen des ersten Hauptsatzes sind ebenfalls problematisch und bedürfen der näheren Untersuchung: So unterstellt der erste Hauptsatz zum Beispiel, dass ein System vollständiger Märkte vorliegt, d.h. alle Güter können zu jedem beliebigen Zeitpunkt und an jedem beliebigen Ort gehandelt werden. Lässt sich die Effizienz eigenschaft des Marktgleichgewichts auch dann nachweisen, wenn diese Annahme verletzt ist, weil z.B. für eine Vielzahl von erwünschten Finanzprodukten schlicht keine Anbieter zur Verfügung stehen?

Viele neue Fragestellungen

Die mathematische Formulierung von Resultaten der Wirtschaftstheorie erlaubt die genaue Analyse ihrer Voraussetzungen und damit die weitere Qualifizierung der Erkenntnis. Die Arrow-Debreu-Welt ist eine Überspitzung der unüberschaubar komplexen Realität, die strukturiert werden muss, um sie zu durchdringen. Die Arrow-Debreu-Resultate haben eine Verankerung bestimmter Resultate in bestimmten Extremsituationen ermöglicht und ausgehend von dieser Verankerung sind in den folgenden fünfzig Jahren eingehendere systematische Untersuchungen einer Realität erfolgt, die sich einer einfachen weltanschaulichen Kategorisierung entzieht.

Dem Verständnis des marktwirtschaftlichen Systems wurde dabei aus naheliegenden Gründen mehr Zeit und intellektuelle Kapazität gewidmet als den im Schwinden begriffenden Systemen zentraler Planung. Denn die sich neu entwickelnden Gebiete z.B. der Informationsökonomie oder der Theorie unvollständiger Märkte warfen und werfen viele Fragestellungen auf, die sorgfältig differenzierte Antworten erfordern – Antworten, die abstellen auf die Verfügbarkeit von Informationen, auf die Art der Erwartungsbildung, auf die Existenz von Externalitäten. Nach wie vor ist man interessiert an den Bedingungen, die die Effizienz eigenschaften des allgemeinen Marktgleichgewichts erhalten, und fast alle Ökonomen sind überzeugt von der Vorteilhaftigkeit eines funktionierenden Marktes. Aber in fünf Jahrzehnten mathematisch orientierter Forschung hat man gelernt, dass es zahlreiche Situationen des Marktversagens geben kann. Dann sind suboptimale Marktergebnisse zu erwarten, in mikroökonomischen Prinzipal-Agenten-Beziehungen, in makroökonomischen Situationen mit Preisanpassungskosten oder in endogenen Wachstumsmodellen, in denen die Marktlösung nicht notwendigerweise das optimale Ausmaß an F&E-Aktivitäten erzielt. Die erforderlichen Maßnahmen, mit denen derartigen Problemen begegnet werden kann, sind nach Art und Ausgestaltung situationspezifisch, d.h. sie können nicht einfach kategorisiert werden. Jedoch ist das ordnungspolitische Ziel eines funktionsfähigen Systems freier Märkte keineswegs modifiziert worden. Es ist lediglich zu konstatieren, dass die heutige Form der Analyse sich detaillierter, genauer und methodisch grundlegend anders darstellt als in den Blütezeiten des traditionellen Ordoliberalismus.

Clemens Fuest

Die Stellung der Ordnungspolitik in der Ökonomik

Die ordoliberalen Schule der Volkswirtschaftslehre, so war kürzlich im Handelsblatt zu lesen, befinde sich im Niedergang. Eine durch mehr Internationalität, mathematische Methoden und empirische Analyse geprägte Forschung trete an die Stelle „ideologiestützter Plausibilitätsüberlegungen“. Das ist starker Tobak und wird Ökonomen, die sich der ordoliberalen Schule verbunden fühlen, nicht gerade erfreuen. Ist es richtig, dass es in Deutschland eine Abkehr von der ordoliberalen Tradition gibt, und wenn das so ist, muss man das bedauern?

Entstanden ist die ordnungspolitische oder ordoliberalen Schule in den dreißiger Jahren in Freiburg. Maßgeblich für ihre Entwicklung waren der Ökonom Walter Eucken und die Juristen Franz Böhm und Hans Großmann Doerth. Zu den wichtigsten Grundlagen ordnungspolitischen Denkens gehört die Überlegung, dass es für das Verständnis wirtschaftlicher Vorgänge entscheidend ist, zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns einerseits und dem Ablauf des Wirtschaftsprozesses andererseits zu unterscheiden. Zu den institutionellen Rahmenbedingungen gehört die Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln, unter denen der Wirtschaftsprozess sich vollzieht.

Als entscheidendes Kriterium für die Charakterisierung einer Wirtschaftsordnung sah Walter Eucken die Art und Weise, in der die Planung wirtschaftlichen Handelns erfolgt¹. Wenn wirtschaftliches

Handeln durch die Pläne einer planenden Instanz gesteuert wird, liegt eine Zentralverwaltungswirtschaft vor. Wird wirtschaftliches Handeln hingegen von vielen Plänen einzelner Wirtschaftssubjekte gelenkt, die durch Markttausch und Preise koordiniert werden, liegt eine Verkehrswirtschaft vor, also ein marktwirtschaftliches System.

Überlegenheit der Marktwirtschaft

Die Überlegenheit der Marktwirtschaft gegenüber der Zentralverwaltungswirtschaft war ein zentrales Ergebnis der Überlegungen der ordnungspolitischen Schule. Die marktwirtschaftliche Ordnung wird jedoch nicht als ein System angesehen, das automatisch entsteht und funktioniert. Es bedarf vielmehr der Abstützung durch die gezielte Gestaltung institutioneller Rahmenbedingungen. Hier sind zunächst die konstituierenden Prinzipien zu nennen: die Sicherung privater Eigentumsrechte, die Garantie der Vertragsfreiheit, der Offenheit der Märkte und die Bereitstellung stabiler Geldes werden als grundlegende Voraussetzungen der Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft angesehen.

Hinzu kommen die regulierenden Prinzipien. Dazu gehört vor allem die Wettbewerbspolitik: um die Konzentration wirtschaftlicher Macht und deren negative wirtschaftliche und politische Folgen zu verhindern, soll eine Wettbe-

werbspolitik das Entstehen von Monopolen und Kartellen verhindern. Dort, wo Monopole nicht zu verhindern sind, soll Monopolaufsicht möglichst dafür sorgen, dass der Monopolist sich wie ein Unternehmen verhält, das unter vollständiger Konkurrenz operiert. Von der Verstaatlichung der Monopole hielt Eucken hingegen nichts.

Eucken hat sich auch gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht am Arbeitsmarkt, bei den Tarifparteien, gewehrt. Zu den regulierenden Prinzipien zählte Eucken außerdem die Umverteilung von Einkommen durch ein progressives Steuersystem. Unter dem Stichwort „Wirtschaftsrechnung“ verlangt Eucken darüber hinaus Eingriffe des Staates in den Fällen, in denen in Folge von Externalitäten einzelwirtschaftliches Handeln zu gesamtwirtschaftlich unerwünschten Ergebnissen führt. Staatliche Investitionslenkung oder eine keynesianische Konjunkturpolitik gehören hingegen nicht zu den regulierenden Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Geistige Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung

Wie haben diese Ideen die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftspolitische Debatte beeinflusst? Die Konzepte der ordoliberalen Schule gelten als die geistige Grundlage für die Durchsetzung einer marktwirtschaftlichen Ordnung in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und für die Wirtschaftspolitik der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Auch die Entstehung des deutschen „Wirtschaftswunders“ wird viel-

¹ Zum Folgenden vgl. W. Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. durchgesehene Auflage, Tübingen 1952/1990.

fach darauf zurückgeführt, dass ordnungspolitische Prinzipien in Deutschland, so jedenfalls die vorherrschende Auffassung, stärker beachtet wurden als in anderen Industrieländern und weniger lenkende Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen erfolgten.

Der geringe wirtschaftliche Erfolg der Zentralverwaltungswirtschaften und ihr Zusammenbruch haben die Thesen der ordnungspolitischen Schule zur Konkurrenz der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme eindrucksvoll bestätigt. Freilich gab es auch andere Strömungen der Volkswirtschaftslehre, die – teils mit ähnlichen Argumenten – ein Versagen der auf zentraler Planung beruhenden Wirtschaftssysteme vorhergesagt haben. Ordnungspolitische Überlegungen über die Vereinbarkeit der Interessen Einzelner und des Gemeinwohls in einer Marktwirtschaft haben auch in den von Kapitalismuskritik geprägten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten der sechziger und siebziger Jahre eine wichtige Rolle gespielt². Viele Aspekte dieser Diskussion, beispielsweise die Vereinbarkeit des Gewinnstrebens Einzelner in der Marktwirtschaft mit dem Gemeinwohl und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, sind nach wie vor aktuell.

Die historischen Erfolge der Wirtschaftspolitik im Sinne der ordoliberalen Schule werden kaum bestritten. Allerdings stellt sich für die moderne Volkswirtschaftslehre die Frage, ob Gedankengut dieser Schule das Fach heute noch voranbringen kann. Die eingangs erwähnten Vorwürfe beziehen sich im Wesentlichen auf drei Punkte: Den Ideologievorwurf, die mangelnde

Verwendung mathematischer Methoden und die unzureichende empirische Fundierung. Diese Punkte hängen miteinander zusammen.

Ideologie anstelle wissenschaftlicher Analyse?

Der Vorwurf, Ideologie an die Stelle wissenschaftlicher Analyse zu setzen, ist vielfältig interpretierbar. Er könnte sich zum einen darauf beziehen, dass der Verweis auf „Prinzipien“ zur Begründung wirtschaftspolitischer Forderungen in modernen wissenschaftlichen Diskursen wenig überzeugend erscheint. Entscheidend ist die wissenschaftliche Fundierung dieser Prinzipien. Der Ideologievorwurf könnte sich auch darauf beziehen, dass die ordnungspolitische Schule überhaupt sehr dezidiert zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nimmt, während es aus wissenschaftlicher Perspektive elementar ist, zwischen wissenschaftlichen Aussagen im Sinne positiver Theorie einerseits und Wertungen andererseits sorgsam zu unterscheiden.

Vor diesem Problem steht allerdings jede normative Ökonomik. Die übliche Verfahrensweise besteht hier darin, dass die in die Analyse einfließenden Werturteile und Voraussetzungen der Analyse offen gelegt werden. Der Ideologievorwurf kann auch allgemeiner als der Vorwurf verstanden werden, ideologische Positionen als Resultate wissenschaftlicher Analyse darzustellen. Das würde bedeuten, dass die Analyse Voraussetzungen oder Annahmen, die ihr zugrunde liegen, verschweigt oder nicht angemessen untersucht.

Verwendung mathematischer Methoden

Hier kommt der zweite Vorwurf ins Spiel, die Frage der Verwendung mathematischer Methoden. Über die Verwendung mathematischer Modelle in der Volkswirtschaftslehre kann man zweifellos unterschiedlicher Meinung sein. Es ist aber kaum zu bestreiten, dass mathematische Modelle den Vorzug haben, die Voraussetzungen ihrer Argumentation in der Regel klarer und transparenter zu machen als die rein verbale Analyse. Aus diesem Grund bieten mathematische Methoden einen wirksamen Schutz vor dem „Einschmuggeln“ versteckter Annahmen einschließlich ideologischer Urteile.

tischer Modelle in der Volkswirtschaftslehre kann man zweifellos unterschiedlicher Meinung sein. Es ist aber kaum zu bestreiten, dass mathematische Modelle den Vorzug haben, die Voraussetzungen ihrer Argumentation in der Regel klarer und transparenter zu machen als die rein verbale Analyse. Aus diesem Grund bieten mathematische Methoden einen wirksamen Schutz vor dem „Einschmuggeln“ versteckter Annahmen einschließlich ideologischer Urteile.

Empirische Forschung

Ein weiterer der eingangs erwähnten Vorwürfe an die ordnungspolitische Schule bezieht sich auf das mangelnde Engagement in der empirischen Forschung. Quantitative Fragen stehen oft im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen und auch des wissenschaftlichen Interesses. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte über den demographischen Wandel und dessen Folgen für die umlagefinanzierten Sicherungssysteme. Wie hoch sind die Lasten, die sich für zukünftige Generationen aus der Existenz umlagefinanzierter sozialer Sicherungssysteme ergeben? Welche Auswirkungen haben Reformen dieser Systeme auf die Lastenverteilung zwischen Generationen?

Von großer Bedeutung sind quantitative Aspekte auch in anderen Politikbereichen, beispielsweise der Arbeitsmarktpolitik: Welche Auswirkungen haben Umschulungsmaßnahmen auf die Chancen von Arbeitnehmern, wieder Beschäftigung zu finden? In diesem Bereich ermöglichen Fortschritte bei der Entwicklung ökonometrischer Methoden Messungen über die Effektivität von Politikmaßnahmen, die für die praktische Arbeitsmarktpolitik von erheblichem Wert sind. Auch in der

² Siehe hierzu etwa C. Watrin: Fragen an die Kritiker von Wettbewerbsgesellschaften, in: A. Rauscher (Hrsg.): Kapitalismuskritik im Widerstreit, Köln 1973, S. 33-63.

Finanzpolitik finden quantitative Fragen zunehmend Beachtung. Wie groß sind die Auswirkungen einer Steuersenkung auf die in einem Land getätigten Investitionen? Wie hoch sind die Unterschiede in der steuerlichen Belastung von Investitionen zwischen verschiedenen Ländern?

Die Beantwortung dieser Fragen wird für wirtschaftspolitische Entscheidungen häufig als wichtiger angesehen als die mit ihnen verbundenen ordnungspolitischen Grundüberlegungen. Das könnte als Abkehr von der Ordnungspolitik im Sinne der Abkehr von ordnungspolitischen Fragestellungen betrachtet werden, wenn das Interesse an ordnungspolitischen Grundfragen in der Vergangenheit ein größeres Gewicht gehabt hätte. In einzelnen Themenbereichen mag das der Fall sein. Beispielsweise hat die Kontroverse über marktwirtschaftliche versus zentralplanerische Wirtschaftssysteme sich weitgehend erledigt. Andererseits gewinnen andere ordnungspolitische Fragestellungen an Bedeutung, beispielsweise der ausufernde Sozialstaat, Probleme der Arbeitsmarktordnung oder die wachsende Bedeutung der Umweltpolitik.

Ein anderer Aspekt des Vorwurfs mangelnder empirischer Ausrichtung bezieht sich auf die Frage, ob die ordnungspolitische Schule ihre Thesen hinreichend und unter Einsatz moderner empirischer Methoden überprüft hat. Die Konfrontation theoretischer Hypothesen mit empirischen Beobachtungen ist auch bei ordnungspolitischen Fragen hochinteressant. Ein Beispiel unter vielen ist der Beitrag von Persson und Tabellini zu der Frage, wie Ungleichheit in der Einkommensverteilung sich auf das Wirtschaftswachstum auswirkt³. Eucken vertritt die unter Ökonomen,

auch über die ordnungspolitische Schule hinaus, verbreitete Auffassung, dass zwischen staatlicher Umverteilung und dem Ziel, das Wirtschaftswachstum zu stärken, ein Konflikt besteht⁴. Persson und Tabellini kommen zu dem Ergebnis, dass Einkommensungleichheit mit niedrigerem Wirtschaftswachstum einhergeht. Das wirft die interessante Frage auf, ob und wie die Empirie mit der These des Konflikts zwischen Umverteilung und Wirtschaftswachstum in Einklang gebracht werden kann⁵.

Bei der Entwicklung und Anwendung empirischer Methoden zur Überprüfung theoretischer Überlegungen hatte die deutsche Volkswirtschaftslehre viele Jahre lang Defizite. Das der ordnungspolitischen Schule der Volkswirtschaftslehre allein anzulasten, ist allerdings fragwürdig. Anzulasten ist dieses Defizit den deutschen Wissenschaftlern insgesamt, einschließlich der ordnungspolitischen Schule, die sich zu lange zu wenig an der internationalen wissenschaftlichen Diskussion beteiligt und um die Erforschung und Anwendung empirischer Methoden gekümmert haben.

Moderne Institutionenökonomik

Ein anderer boomender Zweig der Volkswirtschaftslehre hat mehr Affinität zur ordnungspolitischen Schule: die moderne Institutionenökonomik. Sie richtet ähnlich wie die ordnungspolitische Schule

den Blick auf die ökonomische Analyse von Regelsystemen. Der Unterschied zumindest zum traditionellen ordnungspolitischen Ansatz liegt darin, dass die Institutionenökonomik sich sehr stark für private Institutionen interessiert. Das gilt etwa für den berühmten Beitrag von Ronald Coase zu der scheinbar einfachen Frage, warum manche Transaktionen innerhalb von Firmen abgewickelt werden, andere aber über Märkte⁶. Die ökonomische Analyse von Verträgen aller Art zwischen privaten Wirtschaftssubjekten hat sich zu einem blühenden Gebiet der Wirtschaftstheorie entwickelt, das seit den siebziger Jahren zu bahnbrechenden Erkenntnissen über die Funktionsweise von Institutionen geführt hat.

Entscheidend für diese Fortschritte war allerdings auch hier der Einsatz von mathematischen Methoden, von Modellen der Spieltheorie und der Informationsökonomik. Sie haben sich auch in der Analyse genuin ordnungspolitischer Fragestellungen als sehr fruchtbar erwiesen. Das gilt beispielsweise für die Ökonomische Theorie der Regulierung. Hier hat die deutsche Schule der Ordnungspolitik zur internationalen wissenschaftlichen Diskussion meines Wissens leider wenig beigetragen. Auch das ist zweifellos eine Folge der teilweise unzureichenden Einbindung der deutschen Volkswirtschaftslehre in die internationale Forschung.

Beteiligung an internationaler Forschung

Die Einbindung deutscher Wissenschaftler in die internationale Forschung und die Wahrnehmung deutscher Ökonomen im Ausland hat sich in den letzten fünfzehn Jahren deutlich verbessert. Das

³ Vgl. T. Persson, G. Tabellini: Is inequality harmful for growth?, in: American Economic Review, 84 (1994), S. 600-621.

⁴ Vgl. W. Eucken, a.a.O., S. 301.

⁵ Tatsächlich stehen die Ergebnisse von Persson und Tabellini nicht in Konflikt mit der These, dass Umverteilung das Wachstum reduziert. Sie argumentieren vielmehr, dass Ungleichheit vor staatlicher Umverteilung in demokratischen Systemen Verteilungskonflikte verschärft und mehr staatliche Umverteilung nach sich zieht, die das Wachstum reduziert. Das steht ganz im Einklang mit der These Euckens.

⁶ R. Coase: The nature of the firm, in: *Economica*, 4 (1937), 386-405.

liegt allerdings in erheblichem Maße daran, dass deutsche Wissenschaftler Methoden verwenden, die vor allem von Ökonomen aus dem angelsächsischen Raum entwickelt wurden und sich stark an Debatten beteiligen, die international auf Interesse stoßen. Die Fragen, die dabei untersucht werden, sind oft ordnungspolitischer Natur. Das ist nicht überraschend, denn ordnungspolitische Fragen sind fundamentale Fragen der

Volkswirtschaftslehre. Die deutsche Schule der Ordnungspolitik hat diese Fragen in einer eigenen Sprache und in Begrifflichkeiten gestellt und untersucht, die sich international nicht durchgesetzt haben. Das ändert aber nichts an der hohen Relevanz der ordnungspolitischen Themen. Die moderne Volkswirtschaftslehre behandelt ordnungspolitische Probleme, indem sie sie mit modernen Methoden der theoretischen und

empirischen Wirtschaftsforschung analysiert.

Insgesamt kann von einer Abkehr der Volkswirtschaftslehre von der Ordnungspolitik nicht die Rede sein. Eher von ungebrochenem Interesse an der Analyse wirtschaftspolitischer Themen, aber auf der Basis neuer und aktueller theoretischer und empirischer Methoden und in Begriffen, die in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion verstanden werden.

Nils Goldschmidt*

Vom Nutzen der Ordnungsökonomik angesichts einer mathematisierten Wirtschaftswissenschaft

Nichts spricht dagegen, das Instrumentarium der Mathematik auch für volkswirtschaftliche Fragestellungen nutzbar zu machen. Die Möglichkeiten, volkswirtschaftliche Gesamtzusammenhänge zu veranschaulichen, empirische Sachverhalte genauer zu bestimmen, zu testen und zu beschreiben, kausale Verknüpfungen von Produktion und Handel von Gütern und Dienstleistungen klarer und allgemeiner zu erläutern sowie einige Grundpfeiler volkswirtschaftlichen Denkens didaktisch aufzubereiten, war und ist ein Zugewinn für die wissenschaftliche Durchdringung in der Ökonomik. Doch bleibt die Mathematik bei alledem lediglich ein Hilfsmittel, ein Werkzeug. We-

der kann die Mathematik dabei helfen, der Ökonomik ein tragfähiges und modernes wissenschaftstheoretisches Fundament zu geben, noch ist eine an der Mathematik ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft geeignet, wirtschaftspolitische Empfehlungen zu formulieren. Will die Volkswirtschaftslehre auch gesellschaftlich relevante Einsichten vermitteln und diese in die Politik einbringen, ist die anhaltende Mathematisierung der Ökonomik eine Sackgasse. Stattdessen kann die moderne Ordnungsökonomik helfen, hier neue und womöglich erfolgversprechendere Wege zu beschreiten. Dies soll im Folgenden begründet werden.

Mathematik als Selbstzweck der Ökonomik?

Die Entstehungsphase der modernen Ökonomik kann man als eine Parallelentwicklung zu der Herausbildung der (exakten) Naturwissenschaften verstehen. Gleichsam wie Newton eine quantitative und mathematische Beschreibung

physikalischer Prozesse gegeben hat, strebten es zahlreiche Ökonomen an, die Wirtschaftswissenschaften zu einer „sozialen Physik“ weiterzuentwickeln und sie einem physikalischen Denken in Gleichgewichten anzunähern¹. So versinnbildlicht für Quesnay die „ordre naturel“ die Korrespondenz zwischen menschlichem Verhalten und den physikalischen Gesetzen der Natur. Condorcet weist mit seiner „mathématique sociale“ paradigmatisch den Weg in eine mathematische Ökonomie. In diesen Traditionsstrang lässt sich auch Léon Walras als Mitbegrün-

* Zum hier aufgeworfenen Problem siehe insbesondere auch Viktor Vanberg: Mathematikmanie und die Krise der Ökonomik, in: Schweizer Monatshefte 84 (2004), Heft 9/10, S. 21-24. Einige Ideen des vorliegenden Beitrags beruhen auf Arnold Berndt, Nils Goldschmidt: Ökonomisches Gleichgewicht und Generationengerechtigkeit, in: Nils Goldschmidt, Gerhard Beestermöller, Gerhard Steger (Hrsg.): Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen, Münster 2002, S. 331-353.

¹ „[The] general economic equilibrium theory originated and developed in the context of a project put forward in varying forms by different scholars to repeat Newton's titanic achievement – i.e., the fulfilment of Galileo's program for quantitative (mathematical) study of physical processes – in the field of the social sciences.“ Bruna Ingraio, Giorgio Israel: The Invisible Hand. Economic Equilibrium in the History of Science, Cambridge, London 1990, S. 33 f. Zum Ganzen siehe auch Philip Mirowski: More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics, Cambridge u.a.O. 1989.

der der modernen Ökonomik und Vordenker der subjektiven Preis- und Wertlehre eingruppierten, der mit seinen *Elements d'économie politique pur* (1874) das ausdrückliche Ziel verfolgte, eine reine theoretische Ökonomik „als naturwissenschaftlich-mathematische Disziplin wie die Mechanik oder die Hydrodynamik“ zu entwickeln². So war es Walras, der die formal-mathematischen Hürden einer Theorie des (allgemeinen) ökonomischen Gleichgewichts überwand³. Er übertrug in seinen Überlegungen das Newtonsche Konzept einer physikalischen und mathematischen Wissenschaftserklärung auf die Ökonomik, wie auch Joseph Schumpeter deutlich herausstellte: „Exakte Formen für die erfahrungsgemäß gegebenen Zusammenhänge der Erscheinungen finden, diese Formen aufeinander zurückzuführen und voneinander ableiten, das tun die Physiker und das tat Walras.“⁴

Zwar finden sich in der direkten Nachfolge zu Walras immer wieder Zweifel an dem Projekt einer „pure economics“, so bei Vilfredo Pareto, Augustin Cournot und auch bei Alfred Marshall, doch letztlich setzte sich eine Entwicklung durch, in der sich durch ihre Mathematisierung

² Siehe zum Kontext Viktor Vanberg: *Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen*, in: Andreas Diekmann, Rupert Moser (Hrsg.): *Evolution in der Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften*, Bern, Stuttgart, Wien 2003, S. 117-137.

³ „For the first time in economic theory, the very ambitious task undertaken by Walras was to formalize the functioning of a whole economy, namely, one where the economic behaviour of all agents, households and firms, is considered; i.e., production, exchange and consumption of a multitude of different goods. ... Indeed, at present, his general competitive equilibrium theory is the founding stone of many economic theories and models.“ Pier Carlo Nicola: *Mainstream mathematical economics in the 20th century*, Berlin u.a.O. 2000, S. 9.

⁴ Joseph A. Schumpeter: *Marie Éspirit Léon Walras*, in: ders.: *Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze*, Tübingen 1954, S. 1-6, hier S. 5 f.

ein eigenes der Naturwissenschaft entlehntes Grundgerüst in den Wirtschaftswissenschaften herausbildete.

Diese formal-analytische Sichtweise ökonomischer Phänomene erhielt ihre weitere Axiomatisierung nach dem 2. Weltkrieg vor allem durch die bekannten Arbeiten von Gérard Debreu und Kenneth J. Arrow und feierte mit den beiden Abhandlungen von John Hicks (*Value and Capital*) und Paul Samuelson (*Foundation of Economic Analysis*) einen Siegeszug auch in der gesamten Breite der Disziplin.

Mittlerweile kann man mit dem US-amerikanischen Ökonom Alan Blinder von einem „Mathematik-Rennen“ in den Wirtschaftswissenschaften sprechen und mit gutem Grund behaupten, dass „die Ökonomik inzwischen mathematischer als die Physik sei“⁵. Die Verfeinerung des mathematischen Instrumentariums wurde in der Ökonomik immer mehr zum Selbstzweck. Zwar wurde die ökonomische Analyse so auf ein (mathematisch) anspruchsvolles Niveau gehoben, doch sind die Verbindungslinien zu den mechanistischen Prämissen der Walrasianischen Gleichgewichtsanalyse keineswegs gekappt, auch wenn sie kaum noch in das Bewusstsein des Ökonomen treten – und darin liegt das eigentliche Problem.

Der „lock in“-Effekt in der ökonomischen Theorie

Die Mathematisierung übt bis heute eine geradezu hypnotische Wirkung auf Ökonomen aus. Irgendwo entlang des theoriegeschichtlichen Weges, so meint der bereits genannte Alan Blinder, sei die „Umarmung der Mathematik erst in Anbetung und dann

⁵ Alan S. Blinder: *Economics becomes a science – or does it?*, Princeton University, CEPS Working Paper Series Nr. 57, Juni 1999, S. 2.

in eine Manie umgeschlagen“⁶. Diese strenge Ausrichtung des ökonomischen Mainstream an eine mathematische Vorstellungswelt hat zu einem „lock in“-Effekt in der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin geführt. Eindrücklich hat diese (fatale) Faszination der Keynesianer Nicholas Kaldor vor Augen geführt: „... most of my early papers were based on the deductive *a priori* method and concentrated on unresolved inconsistencies of general equilibrium theory without questioning the fundamentals. ... Such was the hypnotic power of Walras' system of equations that it took me a long time to grasp that this method ... is an unscientific procedure that leads nowhere.“⁷

Die Wirtschaftswissenschaften mögen zwar in der Formalisierung einen überdurchschnittlichen Stand erreicht haben, die sozialphilosophischen Prämissen des Systems sind aber aus wissenschaftstheoretischer Perspektive bestenfalls unterdurchschnittlich reflektiert. Das Gleichgewichtsd Denken fußt auf einer nach wie vor frühmodernen und naturrechtlich legitimierte Harmonievorstellung, die mit einem umso sophistischeren mathematischen Apparat ummantelt wurde.

Statt sich den anstehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Fragestellungen mit den Kenntnissen der modernen Sozialwissenschaft zu nähern, gilt es vielen Ökonomen umgekehrt als Ziel, soziale Phänomene modelltheoretisch zu erfassen. So kommt Pier Carlo Nicola im „Finale“ seiner umfassenden Untersuchung *Mainstream Mathematical Economics in the 20th Century* zu der erschreckenden Schlussfolgerung:

⁶ Ebenda, S. 4.

⁷ Zitiert nach Anthony P. Thirlwall: *Nicholas Kaldor*, Brighton 1987, S. 329.

„[I]ndeed, the first and fundamental necessary condition needed to assess the validity of any theory is that it can be formalized by means of the mathematical apparatus.“⁸ Von Anbeginn durchströmt die neoklassische Forschung die Hoffnung, im Sinne einer „Astronomie der Güterbewegungen“ (Hans Albert) ein physikalisch-mechanisches System gleichgewichtiger Kräfte auch für die Wirtschaft zu errichten. Zwar wird dem Individuum die entscheidende Rolle als Maß des Nutzens zugebilligt, jedoch ist das Individuum dabei kein aktiver und kreativer Entscheidungsträger, sondern ein homogenes Wesen, das sich den jeweiligen Marktbedingungen anpasst.

Biologische, anthropologische und kulturelle Voraussetzungen werden durch eine Art „atomisierten Kollektivismus“ ausgeblendet, in dem der Einzelne nicht als Subjekt, sondern nur als statistischer Durchschnittswert vorkommt. Die eigentliche wirtschaftswissenschaftliche Entität ist das Gleichgewicht, wie Ludwig von Mises bereits betont hat: „They [the neoclassical traditions, d. Verf.] deal with equilibrium as if it were a real entity and not a limiting notion, a mere mental tool. What they are doing is vain playing with mathematical symbols, a pastime not suited to convey any knowledge.“⁹

Ökonomie der Lebenden

Aus wissenschaftstheoretischer Sicht erscheint es gewinnbringender, sich ökonomischen Phänomenen, d.h. dem wirtschaftlichen Handeln des Menschen, eher aus einer anthropologisch-biologischen Sicht zu nähern¹⁰. Schon der amerikanische Institutionalist

⁸ Pier Carlo Nicola, a.a.O., S. 467.

⁹ Ludwig von Mises: *Human Action. A Treatise on Economics*, New Haven 1949, S. 251.

Thorstein Veblen betonte in seinem 1898 im *Quarterly Journal of Economics* unter dem Titel „Why is Economics not an Evolutionary Science?“ veröffentlichten Beitrag, dass eine Orientierung an den Metaphern einer physikalischen Kräftemechanik unangemessen für die Ökonomik sei, da sie sich nicht mit der Bewegung lebloser Körper, sondern mit intentional handelnden Menschen befasst. Folglich sollte auch die ökonomische Theorie eine evolutionäre Theorie sein, die auf die biologischen Grundlagen menschlichen Handelns zurückgeht und sich mit historischen wie sozio-ökonomischen Prozessen beschäftigt¹¹.

So gilt auch für die Ökonomik das, was der kürzlich verstorbene Evolutionsbiologe Ernst Mayr für seine Wissenschaft festgestellt hat: Es gibt einen Unterschied zwischen „der belebten und der unbelebten Welt“ bzw. zwischen dem „typologischen Denken“ der Physik und dem „Populationsdenken“ der Evolutionsbiologie. „Die Abwesenheit oder das Vorhandensein eines genetischen Programms“, so Mayr, „markiert die scharfe Grenze zwischen der unbelebten und der belebten Welt.“ Entsprechend gilt, „dass so typologisches (essentialistisches) Denken in der Biologie irreführend ist. Stattdessen muss so genanntes Populationsdenken eingesetzt werden, dass jedes Individuum in einer Population

¹⁰ Siehe zum Folgenden Viktor Vanberg: *Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik* (Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics, Nr. 05/12), Dezember 2005.

¹¹ „The economic life history of the individual is a cumulative process of adaptation of means to ends that cumulatively change as the process goes on, both the agent and his environment being at any point the outcome of the process.“ Thorstein B. Veblen: *Why is Economics not an Evolutionary Science?*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 12, S. 373-397, hier S. 391. Siehe hierzu Geoffrey M. Hodgson: *How Economics Forgot History. The Problem of Historical Specificity in Social Sciences*, London 2001, S. 145.

einzigartig und von jedem anderen verschieden ist. Der statistische Mittelwert einer Population ist lediglich eine Abstraktion“¹².

Der wirtschaftende Mensch

Eine am Populationsdenken der Evolutionsbiologie orientierte Ökonomik muss folglich die Komplexität der sozialen Welt ernst nehmen (statt sie „statistisch“ auszublenden), die ökonomische Systeme als Teile der belebten Welt kennzeichnet. Diese Komplexität zu berücksichtigen, bedeutet aber gerade nicht, den Anspruch auf wissenschaftliche Analyse aufzugeben, sondern es bedeutet, die kulturellen Besonderheiten in Rechnung zu stellen, die solche Systeme von physikalischen Systemen unterscheiden. Erst so erreicht die Ökonomik wieder einen Grad an Wissenschaftlichkeit, die ihrem Gegenstand („der wirtschaftende Mensch“) angemessen ist.

Entsprechend versucht die moderne Ordnungsökonomik, sich ein solches eigenständiges wissenschaftstheoretisches Fundament zu geben. Moderne Ordnungsökonomik verbindet dabei die traditionellen Ideen der Freiburger Schule zur Herausbildung einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung mit den Überlegungen der Constitutional Political Economy von James Buchanan sowie mit den Erkenntnissen der evolutionären Ökonomik. Bei letzterer schließt die Ordnungsökonomik vor allem an die Tradition der österreichischen Schule um Carl Menger und insbesondere Friedrich August von Hayek an.

Hayek war immer daran gelegen, die Grenzen einer lediglich naturwissenschaftlich-mechanistischen Ökonomik aufzuweisen. In

¹² Ernst Mayr: *Die Autonomie der Biologie*, in: *Naturwissenschaftliche Rundschau*, 55 (2002), Heft 1, S. 23-29, hier S. 28.

seiner in den 1940er Jahren erstmals erschienenen Abhandlung *Szientismus und das Studium der Gesellschaft* hat Hayek paradigmatisch auf den subjektiven Charakter der Sozialwissenschaften und vor allem der Nationalökonomie hingewiesen. Im Gegensatz zur physikalischen Welt sind die Tatsachen der Gesellschaft nicht objektiv vorfindbar, sondern immer auf die jeweilige Relation zu den und Interpretation durch die von ihr betroffenen Menschen angewiesen: „Tatsächlich sind die Objektive des Handelns der Gesellschaft oder des Menschen keine ‚objektiven Tatsachen‘ in dem besonderen, engen Sinn, in dem dieser Ausdruck von den Naturwissenschaften verwendet und den bloßen ‚Meinungen‘ gegenübergestellt wird, und sie können in keiner Weise physikalisch definiert werden. Soweit es sich um menschliche Handlungen handelt, sind die Dinge das, was die Menschen glauben, daß sie sind.“¹³

Somit dreht sich die Perspektive um. Im Gegensatz zu einer Ökonomie, die ein ihrem naturwissenschaftlichen Denken adäquates *Modell* des Menschen formuliert, geht es der Ordnungsökonomik in der Tradition von Hayek um *Erklärungen* menschlichen Verhaltens und eine streng von diesen Erklärungen ausgehende ökonomische Theorie, die das Verhalten des Einzelnen in der je gegebenen historischen und kulturellen Situation („Status quo“) als Ausgangspunkt nimmt: „Es ist wahrscheinlich keine Übertreibung zu sagen, dass in den letzten hundert Jahren jeder bedeutende Fortschritt in der Wirtschaftstheorie ein weiterer Schritt in der konsequenten Anwendung des Subjektivismus war. Dass die

Gegenstände der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht objektiv definiert werden können, sondern nur in Bezug auf einen menschlichen Zweck, versteht sich hier von selbst. Weder eine ‚Ware‘ oder ein ‚wirtschaftliches Gut‘, noch ‚Nahrung‘ oder ‚Geld‘ können physikalisch definiert werden, sondern nur unter Hinweis auf die Ansichten, die Menschen über diese Dinge haben.“¹⁴

Ist aber das wirtschaftliche Handeln der Menschen gebunden an den individuellen Zweck und Charakter dieser Handlung, ergibt sich mit Notwendigkeit zweierlei: Erstens gilt es zunächst die anthropologischen Bedingungen menschlichen Handelns näher zu betrachten, um so der Volkswirtschaftslehre als Sozialwissenschaft eine realitätsnähere Basis zu geben: „Eine Ökonomie für jedermann setzt demnach die erfahrungswissenschaftliche Bestimmung von jedermann voraus, dieser lässt sich nicht als unbekanntes X bloß setzen.“¹⁵ Hierbei leisten die evolutionäre Psychologie¹⁶ und die evolutionäre Anthropologie¹⁷ entscheidende Dienste.

¹⁴ Ebenda, S. 25.

¹⁵ Hermann Rauchenschwandtner: Ökonomie für „Jedermann“. Das ökonomische Rationalitätspostulat in der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, in: Michael Benedikt, Reinhold Knoll, Cornelius Zehetner (Hrsg.): *Verdrängender Humanismus – verzögerte Aufklärung*, Wien 2005, S. 723-733, hier S. 731.

¹⁶ Siehe z.B. Viktor Vanberg: *Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered*, in: Roger Kopp (Hrsg.): *Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7)*, Amsterdam 2004, S. 155-199, und Viktor Vanberg: *The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative*, in: *Journal of Economic Methodology*, 11 (2004), S. 1-29.

¹⁷ Siehe z.B. Nils Goldschmidt, Bernd Remmele: *Anthropology as the basic science of economic theory: towards a cultural theory of economics*, in: *Journal of Economic Methodology*, 12 (2005), S. 455-469.

Nimmt man die Konstitution des Einzelnen in seiner jeweiligen Umwelt ernst, sind zudem wirtschaftspolitische Überlegungen unvermeidbar, die den jeweiligen historischen und kulturellen Pfadabhängigkeiten Rechnung tragen, wie es beispielsweise auch in der Transformationsforschung verdeutlicht werden kann¹⁸. In diesem Sinne betont auch Georgescu-Roegen generell „the role that cultural propensities play in the economic process. Indeed, if man’s economic actions were independent of his cultural propensities, there would be no way to account for the immense variability of the economic pattern with time and locality“¹⁹.

Zweitens wird die Ökonomik auf der Grundlage solcher individuellen *Verhaltensklärungen* anerkennen müssen, dass abgeschlossene, d.h. vollständige Projektionen gesellschaftlicher Zustände und deren Gestaltung bzw. Planung nicht durchführbar sind. Bestenfalls sind – in den Worten von Hayek – „Erklärungen des Prinzips“ und „Mustervoraussagen“ möglich. Eine Berücksichtigung aller, eine Gesellschaft bestimmender Faktoren, ist – im Gegensatz zu idealen mechanistischen Modellen – nicht möglich. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik.

Ökonomische Einsichten als Gestaltungselement

Die vorherrschende neoklassische Ökonomik scheint der aktu-

¹⁸ Z.B. Joachim Zweynert, Nils Goldschmidt: *The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change (HWWA Discussion Paper 314 und Freiburg Discussion Papers on Constitutional Economics, Nr. 05/3)*, März 2005.

¹⁹ Nicholas Georgescu-Roegen: *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge, London 1971, S. 342.

¹³ Friedrich A. Hayek: *Missbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment* [1959], Tübingen 2004, S. 20.

ellen Wirtschaftspolitik eindeutige Vorgaben machen zu können. Im Zentrum steht die scheinbar zwangsläufige Notwendigkeit, bestimmte Maßnahmen durchführen zu *müssen*, um den reibungslosen Ablauf des ökonomischen Systems zu gewährleisten. Einzelne volkswirtschaftliche Positionen werden gegeneinander aufgerechnet und mit einem idealen Gleichgewichtszustand verglichen, um von dort aus eindeutige Gestaltungsempfehlungen für ein „gerechteres“ Wirtschaftssystem zu geben: Gleichgewicht und Gerechtigkeit werden analog gedacht, wie beispielsweise die aktuelle Debatte um die Generationengerechtigkeit im Rahmen des so genannten „generational accounting“ zeigt: „Nevertheless, the fiscal balance rule provides a theoretical justification for the normative claim of equal net tax burdens for present and future generations, prerequisite to achieve an equilibrium.“²⁰

Im Gegensatz hierzu setzt die Ordnungsökonomik nicht auf monetär bewertbare Zustände und Gleichgewichte als Rechtfertigung normativer Ansprüche an die Gesellschaftsordnung, sondern überlässt den betroffenen Individuen selbst die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Ordnung in ihrem jeweiligen Interesse liegt oder nicht. Marktwirtschaftliche Systeme im Allgemeinen und ihre jeweiligen Ausgestaltungen sind nicht durch ihre positiven Funktionseigenschaften bei der Allokation und Produktion *per se* gerechtfertigt, sondern durch die Zustimmung der Individuen, die in einer Wettbewerbsordnung leben²¹.

In Abgrenzung zur klassischen Wohlfahrtsökonomik und der Kon-

²⁰ Holger Bonin: *Generational Accounting. Theory and Application*, Berlin u.a.O. 2001, S. 12.

zentration auf die (technischen Aspekte der) Finanzierbarkeit sozialstaatlicher Sicherungssysteme versucht die Ordnungsökonomik, gut begründete Regeln einer sozioökonomisch-politischen Ordnung zu entwickeln. Untersucht die traditionelle, mechanistisch ausgerichtete Ökonomik das (wirtschaftliche) Verhalten der Individuen im Rahmen einer bestimmten Ordnung (und erstrebt zugleich den für alle Beteiligten maximalen Gesamtnutzen), zielt die Ordnungsökonomik auf die Analyse und Erklärung alternativer Regelsets.

Im Mittelpunkt steht die Suche nach denjenigen gesellschaftlichen Arrangements, die Personen durch die gemeinsame Bindung an bestimmte Regeln wechselseitige Vorteile auf gesellschaftlicher Ebene realisieren lassen²². „Effizient“ sind aus dieser Sicht marktliche und politische Prozesse immer dann, wenn sie gegenseitige Vorteile ermöglichen. Eine solche Sichtweise eröffnet Spielräume für wirtschafts- und sozialpolitisches Handeln jenseits finanzwissenschaftlicher Überlegungen.

Das heißt nicht, dass eine Wirtschaftspolitik unabhängig von den monetären, insbesondere fiskalischen Fakten betrieben werden soll. Die Berücksichtigung von „Finanzierungsvorbehalten“ ist ein kritisches Moment auch bei der Suche nach geeigneten Regeln oder alternativen Arrangements. Jedoch sind die monetären Kosten einer Maßnahme noch kein absolutes Kriterium für oder gegen eine

²¹ Vgl. Viktor Vanberg: *Konstitutionenökonomische Überlegungen zum Konzept der Wettbewerbsfreiheit*, in: *ORDO*, 52 (2001), S. 37-62.

²² Vgl. Viktor Vanberg: *Konsumentensouveränität und Bürgersouveränität. Steuerungsideale für Markt und Politik*, in: Roland Czada, Reinhard Zintl (Hrsg.): *Politik und Markt*, Wiesbaden 2003, S. 48-65.

bestimmte Gestaltung: Die Frage, ob an Sonntagen Geschäfte öffnen sollten oder nicht, bewegt sich auf einer anderen Ebene als die Frage, ob die Freigabe von Ladenöffnungszeiten am Sonntag das Bruttosozialprodukt steigert oder nicht. Die Schließung von Theatern wie von Gefängnissen würde den Staatshaushalt möglicherweise in vergleichbarer Art und Weise entlasten, ob solche Maßnahmen aber den Interessen der Bürger gleichermaßen entsprechen, kann mittels einer monetären Bewertung allein nicht entschieden werden.

Die Einsichten, die die vorherrschende ökonomische Theorie für die praktische Wirtschaftspolitik bietet, sind lediglich ein Element für die wirtschaftspolitische Gestaltung. Welche Regeln aber letztlich einer bestimmten Bürgergenossenschaft dienlich sind, ist der Entscheidung der Individuen zu überlassen. Die Ordnungsökonomik will dabei helfen, diese Prozesse der Entscheidungsfindung in ihren interdependenten wirtschaftlichen und politischen Dimensionen näher auszuleuchten.

Im Gegensatz zur mechanistischen Welt ökonomischer Gleichgewichte ist die Einsicht in das Zusammenspiel von kultureller Evolution und bewusster Regelgestaltung konstitutiv für die Ordnungsökonomik. Institutionelle, wirtschaftspolitische Gestaltung ist auf der einen Seite Teil des „Inputs“ im evolutionären Prozess und auf der anderen Seite zugleich die Voraussetzung für einen evolutionären Wettbewerb, der immer wieder aufs Neue den Bedürfnissen der Individuen unter den besonderen Umständen von Raum und Zeit dienen kann²³.

²³ Siehe ausführlich: Viktor Vanberg: *Kulturelle Evolution und die Gestaltung von Regeln*, Tübingen 1994, S. 33 ff.

Gert G. Wagner

Volkswirtschaftslehre und Politikberatung

Die Frage „Abkehr von der Ordnungspolitik in der Ökonomie?“ wird hier im Zusammenhang mit der Rolle der Volkswirtschaftslehre (VWL) in der Politikberatung diskutiert¹. Genauer gesagt geht es wohl um drei verschiedene Fragen. Ausgangspunkt ist die „Vernaturwissenschaftlichung“ der VWL, wodurch komplizierte mathematische Modelle und schwer durchschaubare empirische Prüfungen von Theorien eine immer größere Rolle spielen. Dies ist neu, da in der (deutschen) Vergangenheit der Volkswirtschaftslehre im Rahmen der „Ordnungspolitik“ verbale Modelle und anekdotische empirische Evidenz eine dominierende Rolle spielten und die bearbeiteten Fragestellungen – zumindest oft – politisch relevant waren. Insgesamt waren die Ergebnisse ordnungspolitischer Forschung mehr oder weniger unmittelbar für Politiker, Ministerialbeamte und Verbandsvertreter sowie die interessierte Öffentlichkeit von Interesse und auch verständlich. Die moderne Volkswirtschaftslehre führt dagegen zu den Fragen, ob (1) komplizierte Modelle und empirischer Tests für angewandte Fragestellungen überhaupt relevant sind, ob (2) die bearbeiteten Fragestellungen von gesellschaftlicher und (wirtschafts)politischer Relevanz sind, und ob (3) die akademischen Volkswirte noch Willens sind, ihre Ergebnisse für Entscheidungsträger so aufzubereiten, dass sie verständlich sind. Im Folgenden wird gezeigt, dass

alle drei Fragen mit „ja“ beantwortet werden können. Freilich ist die Bearbeitung von relevanten Fragestellungen von der Gesellschaft – nicht nur in der VWL, sondern in allen Disziplinen – durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen, und die verständliche Darstellung von Forschungsergebnissen in der VWL ist ein spezifisches Generationenproblem.

Zur Rolle der Mathematik und der Empirie

Zur Rolle der Mathematik und komplexer empirischer Prüfungen von Theorien (seien diese verbaler oder mathematischer Art) sollte es innerhalb der Volkswirtschaftslehre keinen Streit geben: mathematische Modelle und komplexe empirische Tests sollten genau da angewandt werden, wo sie Erkenntnisgewinn bringen. Und das ist offenkundig bei etlichen, um nicht zu sagen: unzähligen, Problemen der Fall. Es ist jedenfalls nicht erkennbar, dass Mathematik und empirisches Testen grundsätzlich Erkenntnisgewinn verhindern. Dass es in der Wissenschaft immer wieder im Detail Irrwege gibt, darf nicht dazu führen, dass bestimmte Methoden unterdrückt werden. Nur im Wettbewerb der Ideen können sich die besten Methoden erweisen.

Insbesondere von guten empirischen Tests kann auch ordnungspolitische Theorie nur profitieren². Die Ordnungspolitik sollte sich auf keinen Fall mit zweitklassiger Empirie zufriedengeben. Denn die ordnungspolitische Schule ver-

steht sich ja als anwendungsorientierte VWL und dies sollte nicht auf empirisch ungeprüften Theorien – seien diese mathematisch oder verbal formuliert – beruhen³. Im Grunde muss man sogar sagen: da Politikberatung Einfluss auf tatsächliche politische Entscheidungen haben kann, darf sie keineswegs auf zweitklassiger Forschung und Empirie beruhen, sondern aufgrund der Praxisrelevanz muss politikberatende Forschung den allerhöchsten wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden.

Man hat den Eindruck, dass innerhalb der ordnungspolitischen Schule zunehmend mit komplexeren empirischen Ansätzen gearbeitet wird und neueste empirische Forschungsergebnisse angemessen rezipiert werden. Insofern dürfte es an dieser Stelle – also der Rolle komplexer empirischer Tests – bald keinerlei Streit zwischen den Schulen der VWL mehr geben. Dies gilt umso mehr als der jetzige Streit zu einem großen Teil schlicht dadurch bedingt sein dürfte, dass es sich bei raffinierten Empirikern meist um junge und bei ordnungspolitisch versierten und politikberatenden Volkswirten meist um ältere Kollegen handelt.

Je stärker die Ausbildung von Doktoranden ein gleichartiges Handwerkszeug vermittelt, bei dem auf empirische Methoden und Erfahrung Wert gelegt wird, dürfte der Streit um die Rolle der Mathematik und der Empirie verschwinden, da dann auch Ordnungs-

¹ Vgl. z.B. Olaf Storbeck: „Wir stehen auf soliderem Fundament“ – Gespräch mit Beatrice Weder di Mauro, in: Handelsblatt vom 21.11.2005.

² Vgl. Olaf Storbeck, a.a.O.

³ Vgl. Hans-Jürgen Krupp: Was kann die (National-)Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 84. Jg. (2004) H. 2, S. 84-90, hier: S. 85 f.

litiker entsprechend geschult sein werden^{4,5}.

Das mögliche Argument, dass Praktiker Forschungsergebnisse nicht verstehen, die auf spitzfindigen Theorien und komplizierten statistischen Methoden beruhen, kann keine zweitrangige Forschung und den Verzicht auf die jeweils angemessenste empirische Prüfung rechtfertigen. Denn Forschungsergebnisse müssen ohnehin in die Sprache (und Graphiken) der Praktiker übersetzt werden – dies gilt für zweit- und drittklassige Forschung ebenso wie für erstklassige Forschung. Auch erstklassige Forschungsergebnisse sind anschaulich darstellbar. Ob dies tatsächlich auch geschieht, ist eine ganz andere, davon getrennte

⁴ Der Wissenschaftsrat empfiehlt sogar, dass mindestens eine empirische Publikation künftig zu den Voraussetzungen für eine Berufung gehören sollte. Vgl. die „Empfehlungen zur Stärkung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen“ des Wissenschaftsrats, Saarbrücken 2002 (<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/5455-02.pdf>). Die Zusammenfassung ist auch in Schmollers Jahrbuch abgedruckt (122. Jg. (2002), H. 4, S. 635-652, hier: S. 645). Eine breite empirische Ausbildung aller VWL-Doktoranden dürfte auch das Problem verkleinern, dass in Deutschland gegenwärtig durchaus die Gefahr besteht, dass akademisch versierte Volkswirte unvorbereitet in das Geschäft der Politikberatung hineingehen (vgl. dazu Hans-Jürgen Krupp, a.a.O., S. 88 f.).

⁵ In Deutschland ist der Zugang zu relevanten empirischen Daten in den letzten Jahren auch deutlich leichter geworden, wovon insbesondere die universitäre Volkswirtschaftslehre profitieren dürfte (vgl. auch Hans-Jürgen Krupp, a.a.O., S. 87 und www.ratswd.de). In allen statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, bei der Deutschen Rentenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit wurden „Forschungsdatenzentren“ eingerichtet. Durch ein Forschungsdatenzentrum wird der Zugang zu interessanten Daten für externe WissenschaftlerInnen erleichtert. Dadurch werden nicht nur die Forschung befördert und wichtige Informationen für die Öffentlichkeit erarbeitet, sondern die Ämter gewinnen hierdurch „nebenbei“ Forschungserkenntnisse, die für die Erfüllung ihrer Amtsaufgaben wichtig sind. Am Beispiel des Forschungsdatenzentrums der Bundesagentur für Arbeit ist gut erkennbar, wie unabhängige wissenschaftliche Evaluation die Aufgaben der Bundesagentur befördert.

Frage, auf die in diesem Beitrag am Ende eingegangen wird.

Die Bedeutung akademischer Fragestellungen

Ein Haupteinwand der Kritiker der modernen VWL ist, dass sie irrelevante Fragestellungen untersuchen würde⁶. Es ist in der Tat wichtig, dass man zwischen (inner)wissenschaftlicher Qualität und (gesellschaftlicher) Relevanz unterscheidet. Es kann natürlich herausragende wissenschaftliche Ergebnisse geben, die – derzeit oder auch niemals – relevant sein werden.

Es gilt jedoch auf jeden Fall: Gesellschaftliche Relevanz kann keine Rechtfertigung für „handwerklich“ schlechte Forschung sein (z.B. Forschung mit unzureichenden Methoden). Im Gegenteil, gerade gesellschaftlich relevante Forschung muss so gut wie irgend möglich sein. Alles andere ist für die Gesellschaft gefährlich.

Doch was ist gute Forschung? Um das herauszufinden, gibt es in der Forschung nur *einen einzigen* Weg: die erfolgreiche Publikation in anerkannten wissenschaftlichen Fachzeitschriften (*peer reviewed journals*). Wenn Politikberater argumentieren, dass Praktiker diese Zeitschriften nicht lesen, dann *stimmt* das ohne jeden Zweifel. Dieses Argument ist in Bezug auf die Qualität der wissenschaftlichen Fundierung von Politikberatung jedoch auch ohne jeden Zweifel *irrelevant*. Bei Veröffentlichungen in referierten Zeitschriften geht es nicht darum, dass Forschungsergebnisse auf diesem Wege direkt Praktiker und Politiker erreichen, sondern es geht um die Qualitätskontrolle und -förderung der Politikberatung. Ob *Forschungsergebnisse* gut oder schlecht sind,

⁶ Vgl. z.B. die von Hans-Jürgen Krupp, a.a.O., S. 84, zitierten Quellen.

kann nur die *wissenschaftliche Community* beantworten⁷.

Eine völlig andere Frage ist es, wie die Gesellschaft sicherstellen kann, dass für reale Entscheidungsprobleme relevante Forschung auch tatsächlich durchgeführt wird?

Die Erfahrung lehrt, dass viele Wissenschaftler ein handfestes Interesse daran haben, dass sie „relevante“ Forschung betreiben. Gerade Volkswirte haben ihr Studienfach oft aus politischen Interessen heraus gewählt. Insofern wird es immer wieder – ohne dass es außerwissenschaftlicher Eingriffe bedürfen würde – politisch relevante bzw. politikberatungsrelevante volkswirtschaftliche Forschung innerhalb des akademischen Elfenbeinturms geben. Würde diese Forschung gänzlich ausbleiben, würde die Zunft der Volkswirte schlicht schrumpfen und man müsste sich auch keine Sorgen machen, dass volkswirtschaftliche Ressourcen verschwendet werden. Denn rein esoterische Volkswirtschaftslehre, die etwa die gesellschaftliche Relevanz des Philosophiestudiums hätte, würde die Gesellschaft sicherlich auch nur entsprechend gering alimentieren. Große volkswirtschaftliche Institute werden also immer auf relevanter Forschung beruhen.

Da man aber nicht ausschließen kann, dass aus den Universitäten nicht genug gesellschaftlich relevante Forschung kommt, was ja nicht nur im Bereich der Volkswirtschaftslehre der Fall sein kann, haben alle Gesellschaften mit „Auftragsforschung“ Instrumente entwickelt, um „relevante“

⁷ Vgl. Gert G. Wagner: Über den „Aktus der Urteilskraft“ in der Politikberatung – und warum die Wissenschaft ihn befördern muss, in: Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.): Glanz und Elend der Politikberatung, Marburg 2005, S. 217-233.

Forschung unmittelbar zu fördern. Da es in Deutschland keine wirklich potenten Stiftungen gibt, die volkswirtschaftliche Forschung nachhaltig fördern, hat der Staat zudem mit der Förderung von Wirtschaftsforschungsinstituten sogar ein spezifisches Instrument entwickelt, um gesellschaftlich relevante volkswirtschaftliche Forschung in ausreichendem Umfang zu garantieren⁸. Es ist nun die Aufgabe des Staates, dass er auch sicherstellt, dass dies tatsächlich geschieht.

Organisatorisch läuft das auf die Frage hinaus, wie man in einer gesellschaftlich relevanten Forschungseinrichtung einerseits exzellente Wissenschaft erreichen kann und andererseits sichergestellt wird, dass auch relevante Fragestellungen bearbeitet werden. Es gibt offensichtlich keine einfache Lösung. Auch zu Zeiten als die Ordnungspolitische Schule noch die VWL dominierte, gab es entsprechende Diskussionen.

Die Förderung von über 80 Instituten in nahezu allen Disziplinen im Rahmen der WGL (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) ist der Versuch, dass anwendungsorientierte Grundlagenforschung auch „grundfinanziert“ wird und darüber hinaus die WGL-Institute Auftragsforschung betreiben können und sollen. Die Kuratorien der Institute überwachen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Beiräten, dass die Grundlagenforschung „ausreichend“ anwendungsorientiert ist, ohne dass in Details hineingeredet wird. Betrachtet man das im internationalen Vergleich, dann kann man sagen, dass mangels entsprechend großer Stiftungen in Deutschland der Staat mit der

Förderung der WGL gewissermaßen eine Stiftungsfinanzierung „simuliert“.

Die WGL-Methode ist ein Weg, um anwendungsorientierte Forschung zu garantieren. Ein anderer ist, dass wissenschaftliche Fragestellungen auch im Detail extern vorgegeben werden, wie das z.B. in Bundesinstituten der Fall ist. Auch hier ist aber eine große Freiheit notwendig, da externe Vorgaben nicht dazu führen dürfen, dass die Qualität der Forschung leidet⁹. Dazu gehört auch, dass es „Vorlaufforschung“ geben muss, d.h. wissenschaftlich selbstbestimmte Forschung, die nicht unmittelbar einer extern vorgegebenen Fragestellung folgt, sondern „innerwissenschaftlich“ definiert werden. Diese Freiheit dient nicht nur der Qualität der Politikberatung. Auf diese Weise können auch Fragestellungen entdeckt werden, die sich anschließend als relevant für die Formulierung von Auftragsforschung erweisen können.

Fasst man zusammen: die Sicherstellung der „gesellschaftlichen Relevanz“ von Forschung ist keine exklusives Problem der Volkswirtschaftslehre. Es ist auch kein Problem der modernen mathematisch und empirisch orientierten VWL im Gegensatz zur ordnungspolitisch orientierten traditionellen VWL. In allen Gesellschaften gibt es immer wieder Diskussionen darüber, wie man „gesellschaftlich relevante Forschung“ sicherstellt, und es sind ganz unterschiedliche organisatorische Lösungen zu beobachten (Stiftungen, Staatsinstitute oder eine staatliche Finanzierung von stiftungsähnlichen

Instituten wie das in Deutschland mit der WGL der Fall ist).

Zur Bedeutung der Sprache

Ein spezifisches Problem der Politikberatung ist, ob exzellente Forschungsergebnisse auch für Praktiker und die Öffentlichkeit verständlich dargestellt werden. Dies hängt offenbar nicht nur mit dem Temperament einzelner Wissenschaftler zusammen, sondern auch mit Anreizen. Junge Nachwuchswissenschaftler haben ein zentrales Interesse: in renommierten Zeitschriften zu publizieren. Dies ist in allen empirischen Disziplinen der Fall. Wegen der – methodisch gebotenen – „Vernaturwissenschaftlichung“ der Volkswirtschaftslehre auch in dieser Disziplin.

Für etablierte (und nicht notwendigerweise ältere) Wissenschaftlerinnen treten zunehmend auch andere Interessen in den Vordergrund. Zum Beispiel die organisatorische und finanzielle Absicherung eines Forschungsprogramms und/oder der Wunsch, Einfluss auf die Öffentlichkeit auszuüben. Und viele hochangesehene Wissenschaftler schaffen es auch, ihre Ergebnisse verständlich darzustellen. Anders wäre es gar nicht erklärbar, dass in allen Gesellschaften regelmäßig milliardenschwere Programme für naturwissenschaftliche Grundlagenforschung aufgelegt werden. Aber in allen Disziplinen publizieren bei weitem nicht alle Forscher populärwissenschaftlich. Das sollte man auch von Volkswirten nicht erwarten. Im Gegenteil: da die Popularisierung zweitrangiger Forschungsergebnisse gefährlich sein kann, sollten sogar nur die Besten populär publizieren.

Schaut man genau hin, zeigt sich, dass auch in der Volkswirtschaftslehre wissenschaftliche Reputation und erfolgreiches populärwissenschaftliches Publizieren sich

⁸ Lutz Hoffmann, Gert G. Wagner: Die Rolle der empirischen Wirtschaftsforschung für die Politikberatung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 78. Jg. (1998), H. 3, S. 185-192.

⁹ Vgl. dazu zum Beispiel die „Stellungnahme zum Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)“ des Wissenschaftsrats, Bremen 2005 (<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/6891-05.pdf>).

keineswegs ausschließen. Dies ist in angelsächsischen Ländern, wo Nachwuchswissenschaftler sich rascher als in Deutschland auch organisatorisch etablieren können (indem sie in jungen Jahren eine Tenure-Position bekommen), besonders deutlich¹⁰.

Die eigentliche Frage dürfte sein, ob eine wissenschaftliche

¹⁰ Vgl. Gert G. Wagner: Verhindert wissenschaftliche Politikberatung gute Lehre und Forschung?, in: Ursula Backes-Gellner, Petra Moog (Hrsg.): Ökonomie der Evaluation von Schulen und Hochschulen, Berlin 2004, S. 139-154.

Disziplin genügend Spitzenforscher aufweisen kann, die bereit sind, öffentlichkeitswirksam zu publizieren. Schaut man sich die Volkswirtschaftslehre im Ausland an, wo Mathematik und Empirie schon seit Jahrzehnten als Methoden dominieren, braucht man sich um die VWL offenkundig keine Sorgen machen. Das derzeitige Defizit an modernen Spitzenökonomien in Deutschland, die sich in der einen oder anderen Form in der Politikberatung engagieren, dürfte schlicht daran liegen, dass es ein Generationenproblem gibt:

da junge Spitzenwissenschaftler – in allen empirischen Disziplinen – nach innen und nicht nach außen gerichtet arbeiten, und gleichzeitig fast alle methodisch modernen deutschen Volkswirte jung sind, muss man sich nicht wundern, dass die meisten sich nicht für Politikberatung interessieren. Und man muss nur abwarten, dass sie älter werden. Und je früher man sie auf Lebenszeitprofessuren beruft, umso eher werden sich die daran Interessierten der Öffentlichkeit und der Politikberatung zuwenden.

Birger P. Priddat

Volkswirtschaft als Idealversagen des Marktes und der Theorien

Der Anschluss, den die deutsche volkswirtschaftliche Forschung an den internationalen Standard erreicht hat, ist weniger der Verwendung mathematischer Methoden zu verdanken, als der Anpassung an Standards, vor allem der an die englische Sprache. Wir haben es mit einem karriereorientierten Opportunismus zu tun, der wiederum ökonomisch erklärt werden kann.

In den Wirtschaftswissenschaften beobachten wir seit längerem einen Trend zur Standardisierung der Forschung. Unter dem Rubrum „Internationalisierung“ werden nur noch englischsprachige Artikel in den referierten Journalen aufgenommen. Vor allem werden in der Mehrzahl nur noch Artikel in referierten Journals als wissenschaftlich relevant betrachtet; Bücher, die klassische Form professoralen Wirkens, gelten nicht (im Gegensatz übrigens zu den Kultur- und Geisteswissenschaften).

Nun sind das Indikatoren, die auf die Berufungen auf Lehrstühle und Forschungsstellen verweisen: Chancen haben vornehmlich Kandidaten mit etlichen Veröffentlichungen in A-Journals; gegebenenfalls wird der Citationsindex nachgesehen, mit der Konsequenz, dass immer jüngere Kollegen in dem Flaschenhals der Begutachtungen stecken, da sich die Zahl der Zeitschriften, trotz höherer Nachfrage, nicht wesentlich vermehrt, und mit der fundamentalen Wirkung, dass sie das Risiko, abweichende Meinungen und Theorien zu vertreten, nicht eingehen, weil ihre Karriere vom eingeschlagenen Investitionspfad abhängt.

Diese Prozesse verbreiten sich und werden auch national relevant, z.B. bei der Besetzung von Lehrstühlen zur Volkswirtschaftspolitik, wo junge Kandidaten, die in Ordnungspolitik ausgebildet wurden, gegenüber Kandidaten mit ökonometrisch-empirischer

oder Mainstream-Ausbildung ins Hintertreffen geraten.

Wir haben es mit Selektionsprozessen von Theorien und theoretischen Paradigmen zu tun, die unter dem Votum der „Internationalisierung“ zugleich eine Standardisierung von Volkswirtschaftstheorie durchsetzen, die – so paradox das erscheinen mag – den Grundeinsichten der Ökonomik entgegenläuft: anstelle eines diversifizierten Konkurrenzmarktes an Theorien entwickelt sich eine homogenisierte Monopolstruktur.

Es ist inzwischen so, dass junge Kollegen, die sich durchaus für alternative Theorien interessieren und darin arbeiten, in dem Moment, in dem sie ihre Karriere planen, auf risikominimalistische Strategien umschwenken, mit der Folge, dass sie nicht daran arbeiten, was sie für wichtig und interessant halten, worauf sie theoretisch neugierig sind, sondern sich in eine artifizielle Selbstbeauftragung begeben, etwas zu schreiben, wovon sie kon-

zeptionell weniger überzeugt sind. Zum Teil langweilen sie sich mit ihren Konzeptionen, mit denen sie reüssieren, weil sie meinen, sich in definierte Pfadabhängigkeiten begeben zu müssen.

Begeben sie sich allerdings in diese Pfadabhängigkeiten, investieren sie in Theorien, die später aufzugeben die Investitionen entwerten, die ihnen die Karriere ermöglicht haben. Deshalb ist die Forderung nach Theorienpluralismus leichtfertig: ein ausgebildeter Ökonom, auf einem Lehrstuhl angelangt, hat zwar formell die Freiheit, theoretisch zu forschen, was er will, de facto aber entwertet er seine Investition nicht und startet nicht wieder neu.

Nun nützt hier kein Klagen, aber auch das Argument, die „besseren Theorien würden sich eben durchsetzen“, gilt nicht (dann müssten ja angesichts der Tatsache, dass die Prognostik der Ökonomik nicht eben gut funktioniert, längst andere Theorien vorherrschen). Wir haben es mit institutionellen Pfadabhängigkeiten zu tun, die Theorien selbst dann vorherrschen lassen, wenn ihre Tauglichkeit begrenzt ist. Denn nicht nur die Theorieinvestitionen entwerten, sondern auch das Risiko bzw. der Mut ist gehemmt, sich an anderen, neuen und damit unerprobten Theorien zu öffnen. Der Aufwand an Reflektion erhöht sich; die Routinen und Subroutinen, die ausgebaute Pfade des ökonomischen Mainstream bieten, entfallen. Vor allem aber entmutigt die Standardisierungspraxis potentielle Kandidaten, da sie über die alternativen Theorien weniger Optionen auf Lehrstühle haben (deswegen gibt es das Phänomen des milden Alterspluralismus: post rem lässt sich wieder freier rasonieren).

Nicht die – im Prinzip idealistische – Aufforderung zum Methodischen Wirtschaftsdienst 2006 • 1

denpluralismus kann das Problem lösen, sondern nur ein vermehrtes Angebot an Lehrstühlen und Forschungsstellen für Alternativen oder, um genauer zu sein, konkurrierende Theorien der Wirtschaft. Die Frage lautete: wo ist Nachfrage nach konkurrierenden Theorien und dementsprechend eine Finanzierung, die die Produktion von Alternität will?

Doch sind auch diese Erklärungen nur ein Teil des Phänomens. Mit den standardisierten Theorien, die sich „international“ geben, geraten wir in eine Entdifferenzierung der kulturellen-historischen Interpretationen der Wirtschaft. Die Standardversionen der standardisierten internationalen Ökonomik sind normative Versionen einer Idee über die Wirklichkeit, in der alle Märkte nur rein marktlichen Bedingungen folgen. Wir erleben eine Version der Produktion homogener Märkte durch die homogenisierte Ausbildung von Ökonomen, deren Handeln die Homogenität, die die Theorie immer schon unterstellt, realisieren.

Differenzierende Komplexität: neuere Entwicklungen

Doch gilt dies nur im Kern dieser Standardisierung. Die Ränder öffnen sich. Dabei ist es nicht die mathematische Methode, die den Unterschied setzt, sondern die methodisch relevanten Fragen der Komplexität, Kontextualität, Temporalität und Prozeduralität, deren Beantwortung mit der artifiziellen Konstruktivität, die die Mainstream-Ökonomik auszeichnet, nicht gelingt. Dabei hilft auch keine empirische Forschung oder „experimentelle Ökonomik“: denn Empirie ist Empirie, d.h. auf ihren Kontext und seine Situationalität eingegrenzt. Die Hoffnungen, mit empirischer Forschung „realistischer zu werden“, täuscht über die geringen Erträge an „Gesetzeshaf-

tigkeit“ hinweg. Wenn aber Empirie nicht „Gesetze“ oder „Gesetzesförmigkeit“ ermittelt, bleibt sie auf die Situation, die sie erforscht, begrenzt, d.h. in der Verallgemeinerung fragwürdig. Folglich muss immer wieder Empirie erzeugt werden. Wer aber erzeugt die Synthesen der Empirie? Wer macht daraus Theorien?

Gerade Ökonomen dürfen sich eigentlich vor forschungs-ökonomischen Fragen nicht verschließen, z.B. vor der Frage, ob die Relevanz der Empirie für die Ökonomik weniger für die Fortentwicklung der Theorie wichtig ist, sondern als hervorragende Begründung für die Schaffung und Ausweitung von Ressourcen/Lehrstühlen etc. Möglicherweise haben wir es hier mit einem ressourcengenerierenden Mythos zu tun, dessen Arbeitsgebiet unendlich ausweitbar erscheint, weil es für die Theorie gleichsam folgenlos bleibt?

Erweitern wir die Fragen um die Kontexte, in denen ökonomische Theorien ihre Geltung behaupten müssen. Eine zunehmende Zahl an Aufsätzen zur prekären Lage der Politikberatung durch Ökonomen verweist auf ein Phänomen, das sich mit den Vorstellungen von Ökonomen über die Ökonomie nicht leicht vereinbaren lässt: sie sehen die Welt ökonomisch, andere politisch, andere wiederum juristisch etc. Hier kommen transdisziplinäre Anforderungen auf die Ökonomie zu, denen sie bisher eher „imperialistisch“ begegnete: durch Reformulierung politischer („public choice“), juridischer („law and economics“) und anderer Konzeptionen in economic terms.

Wenn man auch in der Ökonomie davon ausgehen muss, dass Akteurshandeln nicht nur kognitiv („rational choice“ bis „bounded rationality“), sondern emotiv (einige interessante Ergebnisse der „expe-

rimental rationality“: fairness, trust and altruism) bedingt ist (vgl. auch die neue „Neuroeconomics“), dann werden die Umgebungen ökonomischer Interaktionsfelder ebenso bedeutsam, wie sie bisher systematisch ignoriert werden konnten. Jetzt werden Kommunikationen, linguistic communities, Netzwerke, informelle Institutionen („shared mental models“) etc. für die Extension der ökonomischen Theorie bedeutsam.

In solcher kontextualisierten Ökonomik kann die Ökonomik nicht mehr ausschließlich auf selbst konstruierte Begriffssysteme/Theorien zurückgreifen, sondern wird mit Nachbarwissenschaften Koalitionen eingehen: so wie in der experimentellen Rationalitätsforschung mit der der Psychologie, in der Neuroeconomics mit der Neuroscience, in der Frage der Kommunikation mit den Linguisten und Sprachphilosophen, in einer realistischen Politischen Ökonomik mit den Politologen und Soziologen etc.

Was im Kern der Mainstream-Ökonomie als Monopolisierung der Theorielandschaft erscheinen mag (und vielfältig so gehandhabt wird), zeigt an den Rändern eine andere Tendenz: Öffnung auf Fusionen mit anderen Wissenschaften, d.h. eine neue Form der Oligopolisierung.

Das ist noch weit entfernt vom ökonomischen Ideal einer Konkurrenz der Theorien: einer polypolen Theorielandschaft. Doch sind solche normativen oder Idealvorstellungen für die Theorieentwicklung nicht leitend; konkurrierende Ökonomie muss nachgefragt werden. Um aber nachgefragt zu werden, muss sie einigermaßen akzeptabel entwickelt werden. Die Universitäts- und Forschungslandschaft ist aber nicht marktkompatibel.

Da die meisten Lehrstühle und Forschungen staatsfinanziert sind (auch in den gelobten USA), gelten hier eher bürokratische, politische und netzwerkartige Ressourcenallokationen, keine marktlichen Netzwerkstrukturen von Theorien bzw. Theoriefraktionen sichern sich Ressourcen als Property rights, die sie mehren und verteidigen, und zwar mit allen politischen und bürokratischen Mitteln, worunter die Frage der wissenschaftlichen Neuheit und Forschungsoriginalität durchaus sekundär bleiben kann.

Die Netzwerkkommunikation und -steuerung im Wissenschaftsbetrieb ist ein noch wenig erforschtes, wenn auch allgemein bekanntes Semi-Wissen. Semi-Wissen definiert als Aussagen, denen Wissenschaftler beim Essen vertraulich zustimmen, die sie öffentlich aber niemals vertreten würden, aus Gründen der Netzwerkssteuerung bei Ressourcenzugängen. Das ist für die empirische Forschung ein ebenso erhebliches Problem wie für die Theorie, die die Frage der Geltung von wissenschaftlichen Aussagen nicht mehr wahrheits- oder wissenschaftstheoretisch begründen kann, sondern auch nach wissenssoziologischen, mikropolitischen oder ökonomischen Strukturen forschen muss. Wenn der Nutzen einer ökonomischen Theorie nach dem Karrierepotential bemessen wird, ist es wahrscheinlich, dass die Frage der Geltung von Propositionen ökonomisch entschieden werden kann, nicht allein epistemologisch oder durch „die Macht der besseren Idee“. Es geht um Einkommens- und Statusmaximierung.

Ausbildung für die Praxis?

Die bisher gelieferte Skizze einer ökonomischen Theorie ökonomischer Theorien folgt allerdings bisher Rational choices der Theoretiker, die alleine ihre Karriere

optimieren, ohne ihre Leistungen für das zu untersuchen, wofür sie hauptsächlich arbeiten: für die Ausbildung junger Ökonomen in Entscheidungsfunktionen der Gesellschaft. Hier hilft die Standardisierung wenig, weil junge Ökonomen nicht in idealen Marktwirtschaften eingesetzt werden, sondern in spezifischen und divergenten, historisch-kulturell jeweils anders entwickelten Wirtschaftsräumen.

Ohne Reflektion der Gesellschaft, ihrer Geschichte, ihrer Elitenreproduktion, ihrer Politikpfade, ihrer Kultur sind sie eigenartig unterausgestattete Angestellte einer Entscheidungskultur, auf die sie dann nicht zulänglich vorbereitet wurden. Ihre Sprache Ö wird von wenigen gesprochen und verstanden; sie sind kleine Stämme von Nischenwissenbesitzern, die ihre abstrakte Theorie gegen so viele andere Meinungen, Konzeptionen, Einschätzungen usw. durchsetzen müssen, dass sie nicht immer reüssieren. Wer in Unternehmen denkt hauptsächlich oder ausschließlich in Economic terms? Dominieren nicht vielmehr Management theories, Intuitionen, Corporate cultures, Branchenerfahrungen etc.?

Doch unabhängig davon, dass die Ökonomik als Forschung und Lehre, was nicht einfach zu trennen ist, in der Lehre noch abstrakter wird, als sie es bisher schon war, verliert sie etwas, was in Deutschland immerhin traditionell mit gelehrt wurde: die Ordnung der jeweiligen Gesellschaft, ihrer Institutionen, Rechtslagen, Mentalitäten, Kultur etc. mit zu reflektieren. In welcher Form das auch gelehrt wurde: als mitlaufender Institutionalismus auf den Finanzwissenschaftslehrstühlen und denen der Sozialpolitik sowieso, als „soziale Marktwirtschaftsordnung“

in den genannten Lehrstühlen wie in denen der Wirtschaftspolitik, auf den Lehrstühlen für Wirtschaftsgeschichte, die das Studium oft noch begleiteten, bis hin zu theoriegeschichtlichen Seminaren (die Initiative für Lehrstühle für Wirtschaftsethik ist eher gescheitert (obwohl sie in den USA obligatorische Lehrfächer sind)) – alle diese Elemente eines historisch-kulturellen Konzeptes der Volkswirtschaftslehre werden für einen „Standardisierung“ genannten neuen Universalismus einer homologen Rhetorik des Ökonomischen aufgelassen. Was man an Reputation (durch Veröffentlichungen in referierten Zeitschriften) gewinnt, verliert man an Kompetenzzumutung an die eigenen Studenten.

Standardisierung durch Mathematik und Englisch

Selbst bei bescheidener ökonomischer Betrachtung der Selektionsfolgen der „Standardisierung“ fällt auf, dass eine Standardisierung der Forschung, deren wesentliche Referenzpunkte Mathematisierung und Englischsprachigkeit sind: also zwei kulturelle Topos, die das Kompetenzangebot für die Länder, deren Sprache wissenschaftlich dominant wird, erhöht. Die USA wie auch England können sich aus dem jetzt international ausgeweiteten Angebot die Besten aussuchen, absorbieren unsere Ausbildungsleistungen, ohne dass wir – als nationaler Wissenschaftsmarkt – Gegenleistungen in Human capital erhalten. US-amerikanische Ökonomen auf deutschen Lehrstühlen lassen sich zwar denken, aber, kämen sie überhaupt, würden sie sich aus dem US-nationalen Wettbewerbszirkus verabschieden (Netzwerkaustritt) und vor allem: sie würden eine abstrakte oder US-kulturalisierte Ökonomie lehren, die genau das vermeidet, was für unsere Studenten so notwendig

bleibt: die institutionell-kulturelle Einbettung der Volkswirtschaft in die nationalen und europäischen Kontexte.

Die Verständnisse der Wirkungsweise von Wirtschaft würde abnehmen und wir produzieren Wissensstandards, die unsere Absolventen leichter nach Übersee „verkaufen“ lassen. Was außer einem offiziell geförderten Brain-drain können wir von dieser Entwicklung erwarten?

Ich halte die Standards nicht nur für eine zur Dominanz neigende Methodik, sondern, wie bereits angedeutet, für eine kulturelle Dominanz von zwei Sprachen: die ja sui generis, als linguistic communities, kulturprägend sind: die Sprache der Mathematik und die englische Sprache. Ich halte es für Ökonomen für notwendig, beide Sprachen zu kennen, für die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaftsfortschrittes erscheint mir das aber nicht für tragend.

Fruchtbare Konkurrenz

Wie kann nun eine fruchtbare Konkurrenz aussehen (denn Standardisierung kann ja nicht heißen: Kopie einer anderen Ökonomik)? Nur, so sehe ich es jedenfalls, als ausgeprägte Kenntnis des Wirtschaftsraumes mit seinen institutionellen, rechtlichen und kulturellen Dimensionen kann eine Volkswirtschaftslehre fruchtbar werden in Forschung und Lehre. Alles darunter ist suboptimal ausgebildet.

Das sind traditionelle Einsichten der deutschen Ökonomik seit der historischen Schule, deren Wirkungsgeschichte mächtiger war als ihr Abschneiden im Methodenstreit wahr machen sollte.

Die Wirtschaft als Marktprozesse innerhalb von Ordnungen zu betrachten ist eine Qualität der deutschen Volkswirtschaftslehre, die es weltweit woanders

nicht gibt: ein Asset, das wir, gerade kompetitiv gedacht, nicht leichterding aus der Hand legen sollten, auch wenn die inzwischen selber historisch gewordenen Modelle „Ordnungspolitik“ und „soziale Marktwirtschaft“ (wie auch Hayeks „Marktprozessentheorie“) einer Überarbeitung bedürfen, die sie zu nachhaltig tragfähigen alternativen Modellen macht.

Forschung und methodische Anstrengung lässt sich nicht ersetzen, wenn es darum geht, kulturell differente Angebote in die Theorienlandschaft zu bringen, die uns erst wirklich konkurrenzfähig machen (im Sinne monopolistischer Konkurrenz). Aber wir bringen Einschätzungen und Konzeptionen ein, die kein anderer einbringt, und werden deswegen interessant.

Wahrscheinlich aber werden wir unsere Tradition als Erfindung intelligenter amerikanischer Ökonomen neu „aufkaufen“: das scheint der gangbarere Weg zu sein, als sich auf die eigenen Theoriepfade zu besinnen. Die New institutional economics, vor allem die von D.C. North, scheint ein solches Remake zu sein, mit dem wir besser unsere Eigenständigkeit neu aufbauen können, ohne sie allzu romantisch einführen (erinnern) zu müssen. Vor allem eines werden wir von den intelligenten Amerikanern lernen: Koalitionen mit anderen Disziplinen, um die eigene Wissenschaft kontextsensibler zu machen. Wir brauchen anscheinend noch ein bisschen amerikanische Legitimation, um dann den Schritt zu wagen: wieder autonomer zu werden in unseren ökonomischen Theorien (wie immer sie dann auch heißen werden: „neue Ordnungsökonomik“ oder „econ“ (= economics in context) oder „eucon“ (= economics in european contexts).